



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Tunesien – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

17. Januar 2022

Demonstration gegen Staatspräsidenten – Behinderung von Journalisten

Hunderte Menschen haben trotz eines Versammlungsverbots aufgrund steigender COVID-19-Fälle am 14.01.22 in Tunis gegen Präsident Kais Saied protestiert. Dabei versuchten sie, von der Polizei errichtete Barrikaden zu überwinden. Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern sowie Schlagstöcken gegen die Demonstrierenden vor. Dutzende Menschen wurden verhaftet. Zudem wurden mehrere Journalisten von der Polizei z. T. gewaltsam an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert. Am 14.01.22 jährte sich der Sturz des Diktators Zine el-Abidine Ben Ali zum elften Mal.

07. Februar 2022

Staatspräsident löst Obersten Justizrat auf

Vom 05.02. auf den 06.02.22 gab Präsident Kais Saied die Auflösung des Obersten Rates der Justiz (Conseil supérieur de la magistrature, CSM) bekannt. Dem CSM wird vorgeworfen, er sei korrupt und habe die Ermittlungen u.a. zum Attentat auf den linken Aktivist Chokri Belaid im Jahr 2013 erheblich verschleppt. Am 06.02.22 jährte sich der Todestag des Aktivisten zum neunten Mal, zu seinem Gedenken fanden Demonstrationen statt. Der aus 45 Mitgliedern bestehende Rat war im Jahr 2016 geschaffen worden, um die Unabhängigkeit der Justiz zu überwachen. Saied kündigte an, den Justizrat neu zu begründen und zu organisieren.

Der Vorsitzende des Obersten Justizrates, Youssef Bouzakher, erklärte am 06.02.22, die Entscheidung des Präsidenten sei illegal. Man werde die Arbeit fortsetzen. Nach Einschätzung von Beobachtenden zielt der Präsident mit der Auflösung des Gremiums vor allem auf die moderat islamistische Ennahda-Partei ab, die starken Einfluss auf die tunesische Politik ausgeübt und während der Zeit des Attentats und der Installation des Justizrates die Regierung gestellt hatte.

14. Februar 2022

Neue Justizaufsicht mittels Präsidialdekret eingerichtet

Am 13.02.22 erließ Präsident Kais Saied ein Dekret, mit dem eine neue Justizaufsicht eingerichtet und das am 06.02.22 von ihm aufgelöste Gremium des Obersten Rates der Justiz ersetzt werden soll. Dem Dekret zufolge kann der Präsident die Auswahl, Ernennung, Beförderungen und Versetzung von Richterinnen und Richtern innerhalb der neuen Justizaufsicht kontrollieren. Als Reaktion auf die Veröffentlichung des Dekrets versammelten sich am 13.02.22 mehr als 2.000 Personen im Zentrum von Tunis, um gegen die Bildung der neuen Justizaufsicht und für eine unabhängige Justiz zu demonstrieren.

21. Februar 2022

Ausnahmezustand verlängert

Staatspräsident Kais Saied hat am 18.02.22 den Ausnahmezustand bis zum 31.12.22 verlängert. Tunesien befindet sich seit 2015 im Ausnahmezustand, der immer wieder verlängert wird.

14. März 2022

Demonstrationen gegen Staatspräsident Saied und die wirtschaftliche Situation im Land

Am 13.03.22 folgten mindestens 2.000 Demonstrierende dem Aufruf der tunesischen Oppositionspartei, Freie Destur-Partei, um im Zentrum von Tunis gegen die Politik von Staatspräsident Kais Saied sowie die anhaltende Wirtschaftskrise im Land zu protestieren.

28. März 2022

Demonstration für Pressefreiheit

Dutzende tunesische Journalistinnen und Journalisten protestierten am 25.03.22 vor der National Union of Tunisian Journalists (SNJT), um Pressefreiheit und die Freilassung eines Reporters zu fordern, der festgenommen worden war, nachdem er sich geweigert hatte, den Behörden seine Quellen zu nennen. Am Abend des gleichen Tages erfolgte die Freilassung. Demonstrierende beschuldigen seit der Suspendierung des Parlaments und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Staatspräsidenten Saied am 25.07.21 (vgl. BN v. 26.07.21) die Behörden, hart gegen die Medien vorzugehen. Die SNJT kündigte Streiks der staatlichen Medien an.

04. April 2022

Parlament aufgelöst – keine früheren Neuwahlen angedacht

Am 30.03.22 verkündete Staatspräsident Saied die Auflösung des Parlaments nach der bereits acht Monate zurückliegenden Suspendierung vom 25.07.21 (vgl. BN v. 26.07.21). Am Plan, die nächste Parlamentswahl am 17.12.22 durchzuführen, halte er fest. Die derzeit teilweise aufgehobene Verfassung von 2014 besagt, dass die Auflösung der Kammer Neuwahlen innerhalb von drei Monaten zur Folge hat. 120 der insgesamt 217 Abgeordneten hatten sich wenige Stunden zuvor virtuell getroffen und einstimmig für die Rücknahme der seither von Saied angeordneten Maßnahmen votiert. Saied kündigte strafrechtliche Verfolgung der Abgeordneten wegen Missachtung der Suspendierung des Parlaments an. Laut Parlamentspräsident Ghannouchi wurden am 31.03.22 durch eine Anti-Terror-Einheit mindestens 20 Abgeordnete zum Verhör vorgeladen.

11. April 2022

Demonstration gegen Staatspräsidenten

Am 10.04.22 demonstrierten in Tunis über tausend tunesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gegen Staatspräsidenten Saied. Der Protest wurde von einer Bewegung namens „Bürgerinnen und Bürger gegen den Putsch“ zusammen mit der islamisch geprägten Ennahdha-Partei organisiert, die Tunesiens postrevolutionäre Politik und das kürzlich aufgelöste Parlament dominiert hat. Im Nachgang an die Auflösung des Parlamentes leitete Tunesiens Justizminister eine gerichtliche Untersuchung gegen mehr als die Hälfte der Mitglieder des Parlaments ein, die an der Online-Sitzung teilgenommen hatten (vgl. BN v. 04.04.22).

Umstrukturierung des Wahlgesetzes

Am 06.04.22 verkündete Staatspräsident Saied Änderungen am Wahlgesetz für die am 17.12.22 angesetzte Parlamentswahl. Die Abstimmung werde in zwei Runden stattfinden, zudem würden die Wählenden künftig für Einzelpersonen und nicht wie bei früheren Wahlen für Listen stimmen.

25. April 2022

Wahlkommission entmachtet – Unabhängigkeit der Justiz weiterhin bedroht

Am 22.04.22 kündigte Staatspräsident Saied an, die meisten Mitglieder der Wahlkommission (ISIE) zu ersetzen und erließ ein entsprechendes Dekret. Demzufolge werden sechs der bisher neun Kommissionsmitglieder entlassen und in einem neuen, dann siebenköpfigen Gremium durch vier neue Mitglieder – drei Richterinnen oder Richter und eine sachverständige Person für Informationstechnologie – ersetzt. Die Rechtsprechenden würden vom Obersten Justizrat ausgewählt. Dieser wurde durch Saied vor wenigen Wochen aufgelöst (vgl. BN v. 07.02.22). Zudem werde Saied selbst die Kommissionsleitung auswählen. Die eigentlich unabhängige Wahlkommission in Tunesien entwickle sich damit zur Kommission des Präsidenten, so der aktuelle Präsident der Wahlkommission.

09. Mai 2022

Medienschaffende protestieren gegen zunehmende Repression und Einschüchterung

Medienangaben zufolge haben am 05.05.22 Journalistinnen und Journalisten in Tunis gegen die zunehmende Repression der Presse durch staatliche Stellen protestiert. Seit der Entmachtung des Parlaments durch Staatspräsident Kais Saied im Juli 2021 seien laut dem tunesischen Journalistenverband regierungskritische Journalismustreibende zunehmendem Druck und Einschüchterung von Seiten der Behörden ausgesetzt. In der von Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Rangliste für Pressefreiheit fiel Tunesien von Platz 73 (2021) im Jahr 2022 auf aktuell Platz 94.

Unterstützung für den Staatspräsidenten

Hunderte Demonstrierende fanden sich am 08.05.22 im Zentrum von Tunis ein, um ihre Unterstützung für Staatspräsident Saied und seinen politischen Kurs auszudrücken. Anfang Mai 2022 hatte Saied den Beginn des von einer Kommission geführten nationalen Dialogs angekündigt, die Teilnahme kritischer Oppositionsgruppen jedoch ausgeschlossen.

16. Mai 2022

Tausende demonstrieren gegen Staatspräsident Saied

Am 15.05.22 haben Medienangaben zufolge mehr als 2.000 Personen in Tunis gegen die Politik von Staatspräsident Kais Saied protestiert und eine Rückkehr zur demokratischen Ordnung gefordert; des Weiteren lehnten die Demonstrierenden die von Saied am 09.05.22 ernannte Wahlkommission ab. Die Demonstration war von dem Ende April 2022 gegründeten Oppositionsbündnis namens Front de salut national organisiert worden. Das Oppositionsbündnis besteht aus fünf Parteien, darunter die islamisch geprägte Ennahdha-Partei und die Al-Amal-Partei, sowie fünf zivilgesellschaftlichen Organisationen und unabhängigen Angeordneten.

23. Mai 2022

Planungen zur Verfassungsreform sorgen für Konfrontationen

Laut Medienberichten verschärft sich die Konfrontation zwischen den Parteien und dem Staatspräsidenten Kais Saied, da dieser am 20.05.22 sämtliche Parteien vom „nationalen Dialog“ über die neue Verfassung ausgeschlossen hat. Saied beauftragte den ihm gegenüber loyalen Juraprofessor Sadeq Belaid mit der Leitung der „Nationalen Beratungskommission für eine neue Republik“. Einem weiteren beratenden Gremium sollen ausschließlich Mitglieder von Gewerkschaften, darunter der bedeutenden Gewerkschaft UGTT und einer Menschenrechtsorganisation angehören. Taggleich erklärte die UGTT, sie lehne die vom Präsidenten vorgeschlagene Form des Dialogs ab. Am 21.05.22 gab auch die Ennahdha an, dass das Dekret von Saied zur Einrichtung eines beratenden Gremiums für das Referendum eine „völlige Abweichung von der verfassungsmäßigen Legalität“ darstelle.

13. Juni 2022

Entlassung zahlreicher rechtsprechender Personen – Protest gegen Einmischung in Justiz

Staatspräsident Saied verkündete am 01.06.22 per Dekret die Entlassung von insgesamt 57 rechtsprechenden Personen, denen er Korruption, Schutz von terroristischen Organisationen und sexualisierte Gewalt vorwarf. Seit dem nachfolgenden Wochenende sind wegen des Streiks von rechtsprechenden Personen Gerichtssäle im gesamten Land geschlossen worden; zahlreiche Protestierende, darunter Anwältinnen und Anwälte, Aktivistinnen und Aktivisten, versammelten sich u.a. vor dem Justizpalast in Tunis. Am 04.06.22 verurteilten die Gewerkschaften die fortgesetzte Einmischung des Präsidenten in die Justiz.

Demonstrationen gegen Staatspräsidenten – neue Verfassung ohne Islambezug?

Am 04.06.22 wurden Proteste gegen den Plan des Staatspräsidenten, am 25.07.22 ein Referendum über die neue Verfassung abzuhalten, durch die Polizei blockiert. Laut zuständiger Kommission soll der Verweis auf den Islam als Staatsreligion nicht mehr in Art. 1 enthalten sein. Zum „Nationalen Dialog“ (vgl. BN v. 23.05.22) über die Neugestaltung der Verfassung wurde auch die einflussreiche Arbeitengewerkschaft UGTT eingeladen, die sich seit ihrer Weigerung an diesem, ihrer Ansicht nach, nicht legitimierten Austausch teilzunehmen, erhöhtem Druck ausgesetzt sieht. Für den 16.06.22 wurde zum Generalstreik aufgerufen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de